

LEITARTIKEL



Krisenherde der Nachbarschaft

VON STEPHAN BAIER

Selten waren Licht und Schatten, Strahlkraft und mangelnde Reichweite der europäischen Nachbarschafts- und Außenpolitik so konturiert sichtbar wie in diesen Tagen. In der Ukraine gehen Zehntausende seit Wochen – wider die Eiseskälte und das zeitweise brutale Vorgehen der sogenannten Ordnungskräfte – für einen pro-europäischen Kurs ihres Landes auf die Plätze. Nicht weil sie die innere Krise des vereinten Europa verschlafen hätten, sondern weil sie wissen, dass die ukrainische Gesellschaft alleine, ohne die Hilfe der EU, den Fluchtweg aus Korruption und Autokratie nicht findet. Jenseits ihrer Grenzen ist die Europäische Union für viele Menschen noch immer ein Leuchtturm der Rechtsstaatlichkeit, des Wohlstands und der Freiheit. Da ist es wichtig, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten gegenüber Kiew eine einheitliche Politik verfolgen, die Bereitschaft zu enger Zusammenarbeit und Hilfe aufrecht erhalten und eigene Konfliktlösungskompetenzen anbieten.

Doch anders als in der weltpolitischen Windstille nach dem Kollaps der Sowjetunion wehen heute global heftige Stürme. Auch das zeigen der aktuelle Versuch Russlands, die Ukraine zu kaufen, und die Bereitschaft des Regimes in Kiew, die 1991 mühevoll errungene Unabhängigkeit des Landes an Moskau zu verscherbeln. Die monopolare Welt der 1990er Jahre ist Vergangenheit: Russland ist mit eigenen Ambitionen zurück auf der weltpolitischen Bühne; China ist das neue Superschwergewicht; in der arabischen Welt tobt seit drei Jahren blutiges Chaos; Amerika ist mit hausgemachten Problemen beschäftigt. Und wir Europäer rudern seit Jahren gegen unsere Schulden- und Finanzkrise an, und wirken mittlerweile reichlich erschöpft. Zugleich ist das alte EU-Erfolgsmodell der Erweiterungspolitik an sichtbare Grenzen gestoßen: Die Perspektive eines fernen EU-Beitritts motiviert in der Ukraine das Volk, aber nicht die Regierung, in Serbien die Regierung, aber nicht das Volk, in der Türkei die Ökonomie, aber nicht die Gesellschaft. Es war ein Fehler, der Türkei die langfristige Vision einer EU-Mitgliedschaft zu schenken, aber ihr eine sofortige faire Partnerschaft zum beiderseitigen Nutzen vorzuenthalten. Ebenso ist es jetzt ein Fehler, mit Serbien ab Januar Beitrittsverhandlungen zu führen, welche angesichts des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustands über viele Jahre nur Frustration produzieren werden.

Stattdessen bräuchte die EU jetzt eine aktive und attraktive Nachbarschaftspolitik, die die Krisenherde im Osten, Südosten und Süden der EU-Grenzen zu entschärfen hilft, indem sie die Gesellschaften, die Ökonomien und vor allem die erst in Spurenelementen vorhandene Rechtsstaatlichkeit stabilisiert. Die EU ist heute von Krisenherden umgeben: im Osten wie an seiner südöstlichen Flanke und jenseits des schmalen Gewässers, das die Römer visionär „mare nostrum“ nannten. In diesen Krisenherden eine starke, den gesellschaftlichen wie zwischenstaatlichen Frieden fördernde Rolle zu spielen, ist die dringlichste Mission der Europäischen Union heute. Doch erfüllen kann sie diese Mission nur dann, wenn ihre Außen- und Nachbarschaftspolitik nicht bloß der kleinste gemeinsame Nenner der Außenpolitiken ihrer 28 Mitgliedstaaten ist. Nur wenn das vereinte Europa nach außen mit einer Stimme zu sprechen lernt, findet es im Stimmengewirr von heute noch Gehör.

Indien: Weg frei für Anti-Korruptionsgesetz

Neu Delhi (DT/dpa) Einen Tag nach dem Oberhaus hat gestern das indische Unterhaus ein seit langem umstrittenes Gesetz gegen die Korruption gebilligt. Künftig sollen sich Bürger an eine unabhängige Stelle wenden können, wenn sich Politiker oder Beamte korrupt verhalten. Nun fehlt nur noch die Unterschrift des Präsidenten, damit das Gesetz in Kraft treten kann. Korruption und Finanzskandale sind in Indien alltäglich und reichen von der untersten Verwaltungsebene bis hinauf in die Regierung. Beim jüngsten Korruptionsindex von Transparency International landete das Land auf Platz 94 von insgesamt 177.

Europawahl: Karlsruhe prüft Drei-Prozent-Hürde

Karlsruhe (DT/dpa) Das Bundesverfassungsgericht prüft, ob die Drei-Prozent-Hürde bei den Wahlen zum EU-Parlament gegen die Verfassung verstößt. „Es gibt einiges zu erörtern“, sagte Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle gestern zu Beginn der Verhandlung in Karlsruhe. Gegen die Hürde haben mehrere kleinere Parteien und Bürger geklagt. Die Hürde ist seit Oktober in Kraft und soll bei der nächsten Wahl zum Europaparlament im Mai 2014 gelten. Unter den Klägern sind die Freien Wähler (FW), die ÖDP und die Piratenpartei. Sie sehen in der Klausel eine Benachteiligung kleinerer Parteien und deren Wähler.

Lampedusa: Brüssel rügt Umgang mit Flüchtlingen

Brüssel (DT/dpa) Mit Entsetzen hat EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström auf Berichte über die Behandlung von Flüchtlingen auf der italienischen Insel Lampedusa reagiert. „Die Bilder, die wir aus dem Internierungslager gesehen haben, sind erschreckend und inakzeptabel“, sagte Malmström gestern in Brüssel. Am Vortag hatte der Sender RAI Bilder ausgestrahlt, auf denen sich Flüchtlinge bei winterlichen Temperaturen zur Desinfektion nackt im Freien aufstellten. Die EU-Unterstützung könne nur weiter fließen, wenn die Behörden „humane und würdevolle“ Aufnahmebedingungen garantierten, so Malmström.

GLOSSE

15:0 für Gott in der Regierung

Dass Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Verteidigung auf die Hilfe Gottes setzen würde – das war zu erwarten. Schließlich hat die Pastorentochter trotz aller macht- und konsenspolitischen Raffinesse aus ihrem christlichen Glauben nie einen Hehl gemacht. Außerdem ist sie mit dem göttlichen Beistand quantitativ gut gefahren: Merkels Regierungszeit ist die längste nach Kohl und Adenauer. Zu erleben, dass alle Minister der Großen Koalition beim Amtseid die Formel „so wahr mir Gott helfe“ benutzen, war aber doch eine Überraschung. Ist die Lage für Deutschland tatsächlich schon so ernst, dass selbst die Genossen und Genossinnen der SPD zum himmlischen Beistand greifen? Offenbar ja. Vizekanzler Gabriel ist evangelisch, Außenminister Steinmeier gilt als bekennendes Mitglied der evangelisch-reformierten Kirche. Arbeitsministerin Andrea Nahles hat sogar schon ein Buch über ihr Gottesverhältnis geschrieben: „Frau, gläubig, links“. Justizminister Maas kann eine solide Messdiener-Ausbildung in seiner saarländischen Heimatpfarre nachweisen. Ferner gibt es in der Riege der Sozialdemokraten (dass Christdemokraten gläubig und bisweilen sogar im ZdK engagiert sind, setzen wir einfach mal voraus) natürlich noch die vor drei Jahren protestantisch getaufte Manuela Schwesig, die neue Familienministerin, deren große Leidenschaft für die Einführung der Homo-„Ehe“ allseits bekannt ist. Es sei gut zu wissen, „dass es da jemanden gibt, der schützend seine Hände über uns hält“, lautet Manuela Schwesigs Credo. Dem können wir uns nur anschließen.

STEFAN MEETSCHEN

Schwarz-Grün soll fünf Jahre halten

Wiesbaden (DT/dpa) Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) sieht den Koalitionsvertrag mit den Grünen als „tragfähiges Fundament“ für fünf Jahre Regierungsarbeit. Bei der offiziellen Vorstellung des Vertrages hob Bouffier gestern in Wiesbaden Gemeinsamkeiten zwischen Union und Grünen hervor: „Wir denken in Werten und nicht in Strukturen.“ Die neue Regierung werde die Schuldenbremse einhalten, ab 2020 werde Hessen keine neuen Schulden mehr machen. Dies verlange schmerzhaft Einschnitte beim Personal, sagte er. Ausgenommen seien Kinderbetreuung und Bildung, die beiden Parteien am Herzen liegen.

Die hessische Grünen-Politikerin Priska Hinz soll das Umweltministerium übernehmen. Das kündigte Hessens Grünen-Vorsitzender Tarek Al-Wazir an. Er bestätigte zudem, dass er selbst als Wirtschafts- und Verkehrsminister am Kabinetttisch sitzen werde. Die 54-jährige Hinz war bereits von 1998 bis 1999 Umweltministerin in der damaligen rot-grünen Landesregierung. CDU und Grüne hatten sich in der Nacht zum Dienstag nach dreiwöchigen Verhandlungen auf den Koalitionsvertrag geeinigt. Beim bis zuletzt strittigen Thema Finanzen wurde beschlossen, im Landeshaushalt bis 2019 rund eine Milliarde Euro einzusparen. Bei dem neuen Regierungsbündnis handelt es sich um das erste schwarz-grüne in einem deutschen Flächenland. Zuvor hatte von 2008 bis 2010 im Stadtstaat Hamburg die erste Regierungskoalition von CDU und Grünen in der Geschichte der Bundesrepublik regiert. Wichtig sei, dass beide Parteien nun die Inhalte dieser neuen Koalition eng mit den eigenen Mitgliedern abstimmen, sagte Hamburgs CDU-Landeschef Marcus Weinberg dem „Hamburger Abendblatt“. „Das Bündnis in Hessen zeigt: Die politische und gesellschaftliche Zeit in Deutschland ist reif für eine schwarz-grüne Regierung in einem Flächenland“, so Weinberg. Auch Grünen-Politikerin Anja Hajduk, in der damaligen Koalition in Hamburg Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, begrüßte das Bündnis. „Aus den Erfahrungen aus Hamburg kann ich beiden Seiten nur raten, nicht zu viel in zu kurzer Zeit anzugehen.“

Dienst am Allgemeinwohl

Simbabwische Bischöfe rufen zur Einheit im Kampf gegen Armut auf VON MICHAEL GREGORY

Die katholischen Bischöfe Simbawes haben im Kampf gegen Armut, Hunger und Misswirtschaft zu einem parteiübergreifenden Bündnis aufgerufen. Die derzeitige Krise könne nur in nationaler Einheit und durch gesellschaftliche Geschlossenheit überwunden werden, so die Bischöfe in einem aktuellen Hirtenbrief. Politische Partikularinteressen müssten durch das gemeinsame Arbeiten am Allgemeinwohl ersetzt werden. Anlass für das Schreiben ist die anhaltende desolante wirtschaftliche Lage und der Exodus gut ausgebildeter junger Simbawer in benachbarte Länder oder ins europäische Ausland. „Weder die Regierung noch die Opposition allein können die Genesung des Landes herbeiführen“, so die Bischöfe.

Auch wenn sie keinen Namen nennen, so ist doch klar, an welche Adresse sich ihr Appell vor allem richtet: Staatspräsident Robert Mugabe, der bei der Trauerfeier für Nelson Mandela in der vergangenen Woche ebenso ausgebuht wurde wie der südafrikanische Präsident Zuma. In bemerkenswerter Offenheit und Deutlichkeit schildern die Bischöfe die simbabwische Krise. Seit den umstrittenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im August dieses Jahres, aus denen der 89-jährige Mugabe als Sieger hervorging und im Parlament nun über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, habe sich die Versorgungslage nicht verbes-

sert, kritisieren sie. Die Wahl habe unter den Bürgern Simbawes zu einer noch größeren Spaltung geführt als zur Zeit der Regierung der Nationalen Einheit von 2009 bis 2013. Im Unterschied zu heute arbeiteten die Opposition und Mugabes Partei Zanu PF damals gemeinsam für das Wohl des Landes, betonten die Bischöfe.

„Simbabwe ist ein mit großen natürlichen Ressourcen gesegnetes Land mit hoch qualifizierten Bürgern und dies sollte bei den Menschen Mut und Hoffnung entstehen lassen, damit sie den gegenwärtigen Zustand ändern, der nicht zufriedenstellend ist, und bessere Lebensbedingungen für alle schaffen“, heißt es in dem Hirtenbrief. Die derzeitige politische Spaltung beeinträchtigt nicht nur das Leben der Menschen, sondern behindere auch den Friedensprozess. „Wir müssen den Status von Simbabwe als Kornkammer Afrikas und damit die Lebensmittelsicherheit wieder herstellen“, fordern die Bischöfe. Ähnliches gelte für die einst florierende Industrie, die heute eher Geisterstädte gleiche.

Zur Überwindung der Krise schlagen die Bischöfe einen Weg abseits von Kapitalismus und Sozialismus vor. Dabei berufen sie sich auf Papst Benedikt XVI., der in seiner Amtszeit wiederholt die Auswüchse des Kapitalismus kritisiert hatte. Eine dauerhafte, dem Menschen dienende wirtschaftliche Entwicklung ließe sich nicht auf der Basis

maximalen Profits und Konsums, sondern nur auf der Basis eines solidarischen Miteinanders erzielen. Ironie der Geschichte: Mugabe war nach der Unabhängigkeit Simbawes im Jahr 1980 als erster Regierungschef mit ganz ähnlichen programmatischen Grundsätzen angetreten. Inzwischen hat er sich jedoch zu einem herrsch- und selbstsüchtigen Despoten entwickelt, der das Wohl seines Landes aus den Augen verloren hat.

Die katholische Kirche – rund zehn Prozent der rund elf Millionen Simbawer bekennen sich zu ihr – versucht, mit ihren Mitteln gegenzusteuern. Durch ein Netz aus Missionen und städtischen Gemeinden ist sie fest im Volk verwurzelt. In vielen abgelegenen Landesteilen gehört sie zu den wenigen Organisationen, die soziale Dienste und Nothilfe leisten. Um besser mit den Menschen in Kontakt treten zu können, soll jetzt ein landesweiter katholischer Radiosender mit dem Namen „Radio Chiedza“ gegründet werden. Dafür ist bei den zuständigen Stellen der Regierung eine Lizenz beantragt worden. In einem Rundschreiben an die Gemeindepfarrer und Ordensoberen sowie die Leiter katholischer Einrichtungen hat der Erzbischof von Harare, Robert Christopher Ndlovu, mitgeteilt, dass Radio Chiedza die Sendetätigkeit aufnehmen werde, sobald die Lizenz erteilt sei.

Sollte die Initiative Erfolg haben, wäre dies ein großer Fortschritt für die missionarische Arbeit der simbabwischen Kirche. Bisher erhielt noch kein Sender die Lizenz als Gemeinschaftsradio für das ganze Land, obwohl es in den Nachbarländern eine Reihe solcher Stationen gibt. „Es ist an der Zeit, dass auch Simbabwe mit den heutigen Verhältnissen Schritt hält und wir als katholische Kirche müssen darauf vorbereitet sein“, so Erzbischof Ndlovu. Radio Chiedza soll die Botschaft der Kirche mit Schwerpunkt soziale Gerechtigkeit verbreiten und zugleich als Plattform für die Evangelisierung von Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft fungieren. Dabei wird sich der Sender mit zahlreichen aktuellen Themen befassen, etwa mit HIV/AIDS, Gerechtigkeit und Frieden und den Herausforderungen, vor denen die Familie in Afrika gestellt ist.



Ausgebuht: Staatspräsident Mugabe und Südafrikas Präsident Zuma (rechts).

Foto: dpa

Großfamilien sind keine Exoten

VON ELISABETH MÜLLER

In unserem Land leben 1,4 Millionen Familien mit drei und mehr Kindern. Zwar machen Kinderreiche nicht den „Löwenanteil“ der Familien aus, aber für rund acht Millionen Menschen ist Großfamilie Normalität. Warum aber werden die Bedürfnisse von acht Millionen Menschen in Politik und Wirtschaft kaum beachtet? Warum werden Großfamilien in der Familienpolitik wie ein Randphänomen behandelt? 83 Prozent der Großfamilien leben von Erwerbsarbeit. Nicht selten müssen sie „aufstocken“. Bei einer familien-gerechten und familienfreundlichen Besteuerung und Förderung wäre die Aufgabe bei gleichem Lohn zu meistern. Nachweislich liegt das Armutsrisiko bei Kinderreichen bei 24,3 Prozent und damit deutlich höher als das von Kleinfamilien

mit etwa zehn Prozent. Was früher einmal als „Kindersegen“ galt, ist zum „Armutsrisiko“ geworden. Wer heute im Alter abgesichert sein will, der bekommt keine Kinder mehr, sondern sammelt Rentenpunkte durch Erwerbsarbeit. Damit die Situation Kinderreicher, ihre Bedürfnisse und ihr Potenzial endlich wahrgenommen werden, mussten kinderreiche Familien selbst aktiv werden.

Täglich spülen Großfamilien Steuergeld in die Staatskassen, jedoch können sie diese Leistung kaum steuerlich geltend machen. Sie liefern die Grundlage für den Generationenvertrag, aber erziehende Eltern profitieren davon bei der eigenen Rente nicht. Die Wirtschaft lebt zwar von Konsumenten, ist aber häufig blind für den Markt Großfamilie. Für Medien sind Großfamilien Exoten. Sie sind jedoch kein selbstverständliches „Setting“.

Derzeit richtet die Politik den Fokus auf die Nöte von Alleinerziehenden, deren Armutsgefährdung unter den Fami-

lienformen am höchsten ist. Wer allein erzieht, ist nicht nur finanziell häufig am Ende der Kräfte, sondern zweifelsohne auch seelisch enorm beansprucht. Der Staat handelt menschlich und zukunftsweisend, wenn er den Kindern alle Chancen erhält und die erziehenden Elternteile in ihrer Verantwortung stützt und entlastet. Zugleich sollte der Staat diejenigen Familien nicht über das Maß belasten, die mehrere Kinder aufziehen und die Existenz aus eigenen Kräften sichern könnten und auch wollen.

Es wäre absurd, bei Alleinerziehenden eine privat eingetretene prekäre Situation staatlich abzufedern, Armut vorzubeugen und andererseits mit ungerechter Besteuerung und ungenügender Alterssicherung sehenden Auges die Kinderreichen in die Armut geradezu hineinzutreiben. Alleine erziehen muss verkräftbar werden, Großfamilie muss realisierbar bleiben.

Die Autorin ist Vorsitzende des Verbandes Kinderreicher Familien e.V.

GASTKOMMENTAR